

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
 Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
 Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
 Anzeigenpreis: Insetrate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.
 Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
 Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
 Inseratengeldäftsstelle: Berlin Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lühnow, 2513.
 (Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
 Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 3. Berlin, den 21. Januar 1912. 13. Jahrgang.

Die Tarifverträge in Oesterreich in 1909.

Die Tarifentwicklung in Oesterreich hat noch nicht den Umfang angenommen wie in Deutschland. Das liegt wohl an der erheblich später als bei uns einsetzenden wirtschaftlichen Umwälzung, wie denn auch die dortige Industrie bei weitem nicht den Umfang angenommen hat, wie in Deutschland. Einer soeben erschienenen Publikation des österreichischen Arbeitsstatistischen Amtes „Die kollektiven Arbeits- und Lohnverträge in Oesterreich, Abschlüsse und Erneuerungen des Jahres 1909“ ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre 570 Verträge für 9741 Betriebe mit 127 016 Arbeitern zum Abschlusse kamen. Im Vorjahre wurden 483 Vertragsabschlüsse für 5776 Betriebe mit 64 482 Arbeitern gezählt, also um 87 Abschlüsse weniger als im Berichtsjahre.

Die Verträge des Jahres 1909 verteilen sich auf die einzelnen Berufsgruppen folgendermaßen:

Orts- u. Berufsgruppen	Verträge	Beteiligte	Arbeiter
Stein- u. Tonindustrie	33	22	206
Metall- u. Maschinenindustrie	20	87	1444
Holzindustrie	28	29	1191
Lederindustrie	5	30	49
Textilindustrie	3	36	82
Lappierergewerbe	3	—	198
Bekleidungsindustrie	43	23	1008
Papierindustrie	10	3	359
Lebensmittelindustrie	8	52	321
Chemische Industrie	—	8	8
Baugewerbe	52	20	4327
Graphische Gewerbe	11	8	311
Handel	—	4	4
Verkehrsgewerbe	4	15	128
Maschinen u. Feiger	—	4	4
Sonstige Berufe	1	8	11

Neuabschlüsse sind 322, Erneuerungen früher bestandener Verträge 248 zu verzeichnen. 52 Prozent der Verträge sind kleineren Umfanges mit weniger als 50 beteiligten Arbeitern. Bemerkenswertere Ortsverträge kamen zustande: in Wien für 2200 Schlosser, 6000 Spengler, 6000 Tischler, 1000 Stuckateure, 1000 Maurer, 15 000 Bauhilfsarbeiter, 1800 Zimmerer, 1600 Gas- und Wasserleitungsinstallateure, 1400 Dachbeder, 1200 Maler, 1700 Anstreicher und Lackierer, 2400 Lithographen und 1700 Expeditionsarbeiter; in Prag für 2000 Ziegelarbeiter, 1600 Buchbinder und 3200 Maurer; in Brünn 4200 Maurer und in Proßnitz 6000 Konfektionschneider (Heimarbeiter). Bemerkenswert ist, daß das Baugewerbe auch in Oesterreich, ebenso wie bei uns in Deutschland, in der Tarifbewegung an der Spitze marschiert, bzw. die meisten Angehörigen zu tariflichen Arbeitsbedingungen beschäftigt.

Vereinbarungen über die Arbeitszeit enthalten 6 Prozent der Verträge. Die Arbeitsdauer wurde in folgender Weise bemessen:

Arbeitszeit	in Verträgen	Beteiligte
8 1/2 Stunden	11	4828
9	106	5259
9 1/2	132	41531
10	130	2247
10 1/2	12	1080
11	23	3946
mehr als 11	10	2255

37 Prozent der Arbeiter erhielten eine reine Arbeitszeit von 9 1/2, 26 Prozent von 9 und 14 Prozent von 10 Stunden. In der Metall- und Maschinen-

industrie legen die Tarife vornehmlich eine neun- stündige, in der Holzindustrie eine neun- und ein- halb- stündige, in der Textil- und Lebensmittelindustrie eine zehnstündige Arbeitszeit fest; im Bekleidungs- gewerbe wurden meist 10 und 11 Stunden vereinbart. Eine Arbeitszeit unter 9 Stunden weisen die Ver- träge in den graphischen Fächern auf. Ein früherer Arbeitschluß an Samstagen soll nach 253 Verträgen erfolgen.

Bestimmungen über die Arbeitslöhne finden sich in 96 Prozent der Verträge, und es wurden in 216 Fällen nur Minimalzeit- bzw. Normallöhne, in 73 Fällen nur Akkordlöhne und in 200 Fällen ge- mischte Löhne (Zeit- und Akkordlöhne) vereinbart; in 58 Fällen erfolgten bloße Erhöhungen der In- dividuelllöhne. Abmachungen über Zeitlöhne allein oder nahezu nur solche zeigen die Verträge der Tapezierer, der Lebensmittelarbeiter, der Verkehrs- arbeiter, der Bauarbeiter, den Lithographen, der Buch- binder und in der Bekleidungsindustrie die Verträge mit Bestimmungen über Akkordlöhne allein in den Vordergrund. In der Holz- und Lederindustrie halten sich beide Entlohnungssysteme die Wage, während die gemischten Löhne in der Metall- und Maschinen- industrie wie in der Stein- und Tonindustrie über- wiegen.

387 Verträge enthalten Bestimmungen über die höhere Entlohnung der Arbeiten außerhalb der nor- malen Arbeitszeit, und zwar handelt es sich dabei in 349 Fällen um die Ueberstundenarbeit, in 220 Fällen um die Sonntagsarbeit, in 193 Fällen um die Nachtarbeit und in 221 Fällen um die Arbeit an kleinen Feiertagen.

114 Verträge bedingen die Einsetzung einer Kontrollkommission oder eines Schiedsgerichtes zur Beilegung der aus dem Arbeitsver- hältnisse sich ergebenden Streitigkeiten. 270 Ver- träge enthalten Bestimmungen über die Anerkennung der Organisation und der Vertrauensmänner, 326 solche über die Freigabe des 1. Mai(!), 94 über die Anerkennung und Benützung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises, 103 über verschiedene hygienische und sanitäre Maßnahmen und 57 über Arbeiter- urlaube.

Die Gültigkeitsdauer der Verträge — welche in 456 Fällen angegeben ist — wurde bemessen in

89	Fällen mit höchstens einem Jahre
145	" " " " " zwei Jahren
180	" " " " " drei Jahren
66	" " " " " vier "
20	" " " " " fünf "
6	" " " " " mehr als fünf "

Angaben über die Kontrahenten der Verträge sind in 500 Fällen bekannt, und es zeichneten für die Unternehmer in 82 Fällen eine Unternehmerorga- nisation, in 38 Fällen die Genossenschaft, in 8 Fällen Delegierte der Unternehmer und in 372 Fällen die Firmenchefs selbst. Für die Arbeiter unterzeichneten in 473 Fällen Arbeiterorganisationen, in 30 Fällen der Gehilfenausschuß und in 33 Fällen Delegierte der Arbeiter.

74 Prozent der Verträge kamen auf friedlichem Wege und 26 Prozent nach einem Arbeitskonflikte zustande.

Die Publikation enthält auch eine Besprechung der Vertragsabschlüsse in den einzelnen Gewerben, ferner eine Individualdarstellung der einzelnen im Jahre 1909 abgeschlossenen Orts- und Gruppen- verträge, wobei die hauptsächlichsten Vertrags- bestimmungen wiedergegeben sind. Es ist erfreulich, daß die Tarifverträge auch in Oesterreich am Mar- schieren sind.

Rechtlose Mitglieder.

Kürzlich waren wir genötigt, einen unschönen Angriff des „Zimmerer“, Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes zurückzuweisen, der uns vorzuwerfen ge- ruhte, wir trieben „marktchweizerische Reklame“ mit un- sere „angeblichen“ Krankenunterstützung. Damit sollte gesagt sein, wir würden den Mitgliedern etwas vorgaukeln, würden sie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in die Organisation locken und erst nachher würden sie gewahr, daß sie die Betrogenen seien. Vergleichen kann man des öfters aus dem Repertoire aller Gewerkschaftsfeinde hören, nicht nur gegen uns, sondern gegen alle Gewerkschaften ohne Unterschied. Um so schlimmer, wenn ein Gewerk- schaftsorgan, das zudem sich als allein patentiert für die Vertretung der Arbeiterinteressen betrachtet, zu solchen Salfen greift, wo ihm zudem die wahren Tatsachen bekannt sind.

Man wird es uns darum nicht verdenken wollen, wenn wir einmal die statutgemäßen Rechte der Mitglieder des sozialdemokratischen Zimmererverbandes in etwa beleuch- ten. Nicht etwa, daß wir dadurch eine Besserung des „Zimmerer“ erwarten, denn das hatten wir für ausge- schlossen, sondern zu Ruh und Frommen derer, die sich von diesem Blatte irreführen lassen. Wir glauben damit in ihrem Interesse zu handeln, damit sie sich frühzeitig vor Nachteil schützen.

Recht bemerkenswert ist, warum der „freie“ Zimmerer- verband überhaupt Unterstützungen an seine Mitglieder zahlt. Sein Statut belehrt uns darüber in seinem § 2: „Alle Unterstützungen, die der Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgruppen Deutschlands seinen Mitgliedern gewährt, haben den Zweck, den Zentralverband zu festigen.“

Der Zimmererverband gewährt also seine Unterstützun- gen nicht um seinen Mitgliedern in Not und Elend bei- zustehen, sondern nur um damit „den Zentralverband zu festigen“. Sie sind ihm mithin nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, und zwar ausschließlich. Das muß man festhalten, denn auf den Geist kommt es an, der eine Organisation in ihrem Tun und Lassen beherrscht. Der Zimmererverband sticht damit von anderen Organisationen ab, die wohl schließlich auch die eine oder andere Unter- stützungsart einführen, um damit die Mitglieder an die Organisation zu fesseln und der Fluktuation entgegenzu- wirken, im großen ganzen aber nur an die Bindung der Not ihrer Mitglieder denken, insbesondere mit der Streit- und Aussperrungsunterstützung ihre Interessen nachhaltig zu vertreten. Dem Zimmererverband kommt es nur darauf an, damit „den Zentralverband zu festigen“, Andererseits aber sind die Mitglieder genannten Ver- bandes nach seinem Statut hilf- und rechtlos. Gerade in den entscheidenden Fragen der Ausübung des Kon- sultationsrechtes wird den Mitgliedern der Schutz und Bel- stand des Zimmererverbandes verweigert, so daß man unwill- kürlich die Frage stellen muß, wenn einerseits nur Unter- stützungen bewilligt werden, um „den Zentralverband zu festigen“, und dieser andererseits die Mitglieder beim eigentlichen Zweck jeder Organisation im Stich läßt, ob er denn überhaupt noch eine Existenzberechtigung nach ge- werkschaftlichen Begriffen hat. Das beurteilt man an folgender Bestimmung des Streikreglements des „freien“ Zimmererverbandes (Seite 21 des Statuts):

„Jedes Verbandsmitglied übt sein gesetzlich gewähr- tes Wahlrecht (§ 152 der Reichsgewerbeord- nung) in eigener Kamer, auf eigene Verantwortung und

Gefahr aus, nicht im Namen des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, nicht auf dessen Verantwortung und Gefahr. Ebenso sind die Verbandszahlstellen nicht befugt, im Namen des Gesamtverbandes und unter dessen Verantwortung Sperren zu verhängen, Streiks zu erklären oder auf andere Weise das Koalitionsrecht anzuwenden. Sie tun dies vielmehr im eigenen Namen und unter eigener Verantwortung."

Bedeutet das nicht vollständige Hilfs- und Rechtslosigkeit? Was haben denn die Mitglieder des Zimmererverbandes von ihrem „Zentralverband“, wenn dieser alle Verantwortung ablehnt, wenn sie die Ausübung des Koalitionsrechtes nur im eigenen Namen, auf eigene Gefahr und Verantwortung vornehmen müssen? Nur zu diesem Zwecke organisieren sich doch die Arbeiter, damit ihre Organisation in den schwersten Stunden hinter ihnen steht. Ja, in dem Reglement wird dann noch weiter ausgesprochen:

„Der Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands unternimmt und führt nicht selbst Arbeitskämpfe.“

Damit gibt der „freie“ Zimmererverband seinen Charakter als gewerkschaftliche Organisation überhaupt auf, ist aber die Konsequenz des zuerst angeführten. Wir haben somit die Tatsache zu konstatieren, daß eine gewerkschaftliche Organisation ihren gewerkschaftlichen Daseinszweck ablehnt, und ihre Mitglieder, die in ihr Schutz suchen, für schutzlos erklärt.

Natürlich wird der Zimmererverband das nicht gelten lassen wollen. Aber dann bedeuten die fraglichen Bestimmungen eine ganz große Heuchelei und ein Sichdrücken von der Verantwortung. Gezielte Hemmungen sind es nicht, die zu solchen Umgehungen nötigen. Aufrichte Männer lehnen dergleichen ab, sie gehen nur den geraden Weg. Möglicherweise werden damit auch noch andere Ziele, die auf wirtschaftlichem Gebiete liegen, verfolgt. „Mein Name ist Holz, ich weiß von nichts,“ das ist die Rolle, die der Zimmererverband bei entsprechenden Komplikationen aus weiterer Tarifentwicklung spielen will. Gibt er das nicht zu, dann beherrscht er rechtlose Mitglieder, die wohl bezahlen dürfen, aber im Falle der Gefahr auf „eigene Bedenken“ und Verantwortung zu handeln gezwungen sind. Und das Organ eines so zweideutig auftretenden Verbandes wird sich als unser Kritiker auf. Möge es sich zunächst überlegen, was denn eigentlich rechtens bei ihm ist, und nach welcher Seite es aus der bestehenden Konfusion zu entschäpfen gedenkt. Dort ist seine „gute“ Kraft jedenfalls zweckmäßiger angewandt, als in ungehobelten Strempelungen gegen uns.

Zentralisation und Dezentralisation in den Großstädten.

Zu den am meisten hervortretenden Erscheinungen der letzten Jahrzehnte gehört die überaus günstige Entwicklung der Städte; nicht nur die Großstädte

nahmen an dieser günstigen Entwicklung teil, auch die mittleren und viele kleine Städte zeigen ein starkes Empormachen. Da die Landbevölkerung an Zahl nicht zunimmt und in manchen Bezirken sogar zurückgeht, entfällt fast die gesamte natürliche und durch Wanderungen entstandene Bevölkerungszunahme auf die Städte. Und nicht allein an Zahl nimmt die städtische Bevölkerung zu, auch in bezug auf Wohlhabenheit und Lebenshaltung hat sie bedeutende Fortschritte gemacht. Alles dies zusammengenommen: die wesentlich gesteigerte Bevölkerungszahl, die höhere Lebensführung der großen Masse, das Bedürfnis und die Nachfrage nach besseren Wohnungen, die zunehmende Industrialisierung, die Ausbreitung des Handels und Verkehrs und noch viele andere Faktoren haben in den Städten, namentlich in den Großstädten, große Wandlungen auf allen Gebieten verursacht.

Ein sehr stark hervortretendes Moment während der Entwicklung der Großstädte in den letzten drei Jahrzehnten war die Zentralisation. Zwar bildeten sich überall vor den Toren der Großstädte Vororte mit mehr oder weniger großstädtischem Charakter, mit hohen Mietshäusern und allen den Einrichtungen, die das Charakteristikum der Großstädte sind, aber diese Vororte waren doch eigentlich keine geschlossenen Einheiten. Zwar hatten sie eine eigene Gemeindeverwaltung, aber diese wurde doch sehr häufig unter dem Gesichtspunkt geführt, daß eine Einverleibung in die benachbarte Großstadt als das nächste Ziel erschien. Fast die gesamte Bevölkerung war in ihrer Arbeitsteilung, in bezug auf größere Einkäufe, öffentliche Einrichtungen, Bildungsbedürfnisse usw. auf die Großstadt angewiesen. Dazu kam noch, daß die Einwohnerschaft in diesen großstädtischen Vororten noch hundert zusammengewürfelt war als in der Großstadt selbst, weil bei der raschen Entwicklung die frühere Bewohnererschaft zahlenmäßig kaum mehr in Betracht kam und zum Teil sogar fortzog. So konnte fast überall die Einverleibung als das zweckmäßigste angesehen werden, und wenn nicht noch mehr Bezirke in die Großstädte einverleibt wurden, so war der Widerstand weniger bei den Vorortsgemeinden zu suchen, als vielmehr bei den Verwaltungen der Großstädte, die bei größeren Einverleibungen allzu große Lasten übernehmen zu müssen befürchteten. Zum Teil geht diese hier skizzierte Bewegung der Zentralisation noch weiter fort, besonders in den Großstädten der ersten Entwicklung und dort, wo Vorortsgemeinden existieren, die nur über geringe Mittel verfügen; im großen ganzen hat aber doch schon seit verschiedenen Jahren eine Bewegung eingesetzt, die als Gegenwirkung der Zentralisation anzusehen ist. Waren früher in den meisten Gemeinden die Grundbesitzer und die Einwohner in den großstädtischen Grenzorten für eine Vereinigung mit der „Mutterstadt“, wurde der eigene Vorort nur als Anhängsel, als entfernter Stadtteil der Großstadt betrachtet, in dem alle Einrichtungen nur einen provisorischen Charakter zu tragen hatten, bis es gelangt, die allgemein ersehnte Einigung herbeizuführen, so wird jetzt schon mehr und mehr dahingestrebte, abgeschlossene Einrichtungen herzustellen, für längere Zeit Vorsorge zu treffen. Man

hat erkannt, daß auch ohne Einverleibung eine günstige Entwicklung zu erzielen ist, und je mehr dies klar wird, desto mehr geht auch die Zahl der Großstadtbewohner zurück, und die Zahl derer, die für eine selbständige Entwicklung sind. Dabur werden innerhalb der in Frage kommenden Gemeindevwaltungen neue Interessen geweckt, die gesamte Gemeindepolitik erhält eine andere Richtung, es werden neue Ziele gesteckt, unter den verschiedenen Vororten beginnt ein sehr segensreicher Rivalitätsstreit einzelnen Fragen, in der Anlegung von höheren Schulen, von kommunalen Verkehrsmitteln, Krankenhäusern und weiter auch in der Heranziehung neuer Einnahmequellen, arbeitsspendender Industrien usw. Und wo die Kraft der einzelnen Gemeinden nicht ausreicht, ein größeres Unternehmen zu beginnen, können sich verschiedene Gemeinden zu dem angestrebten Zweck verbünden. So können Krankenhäuser gebaut, bessere Schulen eingerichtet werden, es ziehen auch steuerkräftige Einwohner hinzu, und die Wohnungen können deshalb einen höheren Komfort erhalten. Dazu kommt noch die besonders im letzten Jahrzehnt hervorgetretene Verbesserung der Verkehrsmittel. In verhältnismäßig kurzer Zeit kann man vom ziemlich entfernten Vorort nach dem Zentrum der Stadt gelangen. Auch das Fahrrad und in neuester Zeit der Automobil wirken hier in günstiger Weise ein.

Alles dies hat bewirkt, daß die Vororte wiederum einen mächtigen Zuwachs erlangt haben; war früher die ärmste Bevölkerung, die hinaus in die Vororte abwanderte, so sind es jetzt mehr die mittleren Klassen: Kassente, Fabrikanten, Privatangestellte, Beamte oder auch kleinere Rentner. Auch hierdurch ist eine Wandlung eingetreten. Die Bevölkerung fluktuiert weniger, ist gleichartiger zusammengesetzt, bringt andere wirtschaftliche und geistige Interessen mit und kann kräftiger zur Besteuerung herangezogen werden. Infolge der größeren Wohlhabenheit der Bevölkerung entstehen auch neue Bedürfnisse. Zunächst wird der weitaus größte Teil der Bedarfsartikel für den Haushalt noch in der Großstadt gedeckt, mit der Zeit aber siedeln sich auch in den Vorortsgemeinden leistungsfähige Verkaufsgeschäfte an. Bald in dieser, bald in jener Branche siedelt sich ein Magazin an, das es mit den Geschäften in der benachbarten Großstadt aufnehmen kann, und schließlich können fast alle Bedürfnisse in nächster Nähe und in wohlfeiler Weise befriedigt werden. Dann wird auch oft der Augenblick gekommen sein, wo die Mehrzahl der Vorortsbewohner nicht mehr an eine Vereinigung mit der „Mutterstadt“ denkt, die Frage der Einverleibung wird im besten Falle als eine nebenjähliche Angelegenheit behandelt. Die meisten sind im Gegenteil dafür, daß die Einverleibung verhindern und daß die selbständige Entwicklung der einzelnen Vororte die beste Lösung sei. Viele Gemeinden haben schon diesen Weg zurückgelegt und noch mehr gehen dieser Entwicklung entgegen.

Der auf diese Weise entstandene Rivalitätsstreit kann aber für die allgemeine Entwicklung des Gemeindegemeinschaften nur von Vorteil sein, und heute ist es bereits soweit, daß manche größeren Städte von kleineren lernen können. Mag dies auch nur in Einzel-

An mein Kind.

Wach einer schläft auf hartem Stuhl,
Da liegt im weichen Launenbett,
Da lauch in Seidenbetten,
Weil Kind, die Glieder strecken.

Doch heb' ein' nicht des Haupt zu sehr;
Wir kamen auch von unten her;
In Tiefen haben wir geschafft,
Da Tiefe gab uns Strenge und Kraft.

Es trag dein Arm dein Kitterschwert,
Jhm weichen Frieden und Weile wert.
In blauer Regel glänzt das Siegel,
Vergiß das nicht, vergiß das nicht!

Und bring' du auf zu Recht und Klang,
Und plück' du dir den höchsten Kranz,
Jed' Achtung der den Toren Kind,
Denn wir sind einst geworden sind.

Karl Voss (Nieder-Schlesien).

Bilder aus der Geschichte der Bauarbeiter.

(Fortsetzung)

2. Die städtischen Steinmeyer und Maurergesellen.

Er. Die Steinmeyer und Maurergesellen wurden, wie auch die sonstigen städtischen Arbeiter, überrauslich bald für ein Jahr in den städtischen Dienst eingezogen und mit wie diese Einstellung herkömmlich zu bezeichnen.

Am 1. September (6. Dezember) über ein Sonntag nach der Nacht ausgeführt, wenn es dem Stadtbau-

besenden durch seinen Bauaufseher solche Steinmeyer und Maurergesellen und Zimmergesellen, die er das künftige Jahr zu der Stadt Arbeit gebrauchen will und ihnen dann in Gegenwart des Schaffers (Bauaufsehers) und der beiden Werkmeister (Maurer- und Zimmermeister) das Buch und die hernach beschriebenen Artikel vorlesen, jedem Teil von ihnen so viel, wie sie das berührt und betrifft. Und wiewohl sie gewöhnlich zu dem neuen Rat auf das Amtsbuch der Stadt mit anderen Gesellen Gehorsam tun so sollen sie doch auch noch besonders dem Stadtbaumeister und Werkmeister Gelöbnis ablegen, wie hernach geschrieben steht.

In dem nun folgenden Kapitel seiner Aufzeichnungen „Von den Steinmeyer und Maurer gesellen“ präzisiert er dann genau die Bestimmungen über ihre Pflichten in Diensten der Stadt, deren Erfüllung sie feierlich geloben müssen. Es hatten demnach die Steinmeyer und Maurergesellen dem Stadtbaumeister und Maurer-Werkmeister zu geloben und das Treuversprechen zu geben, daß sie das Jahr hindurch bei der städtischen Arbeit verbleiben wollten daß sie ferner, wie die auch für die anderen städtischen Bediensteten übliche Formel lautet, „der Rat auf und frommen getreulich fördern und schaden bewahren wollen“. Weiter hatten sie das Gelöbnis abzulegen, daß sie zu rechter Zeit von und zu der Arbeit gehen und überdies getreulich und eifrig arbeiten würden, sowie daß sie den ihnen unter die Hände gegebenen Handwerkszeug der Stadt getreulich bewahren wollten. Weiter, Holz oder sonstiges Material sollten sie ohne Erlaubnis nicht von der Arbeitsstätte mit fortnehmen. Ihrem Werkmeister oder demjenigen, der in seiner Abwesenheit ihn vertritt, sollten sie gehorsam und geizig sein; was er ihnen zu tun auftrage, darin sollten sie willig und gehorsam sein. Und solle keiner von ihnen in der Zeit an einer anderen Arbeit als an den städtischen Diensten arbeiten, es sei denn, daß er vorher die Erlaubnis des Stadtbaumeisters erhalten habe. Wenn einer oder mehrere von den Steinmeyer und Maurergesellen dem Stadtbaumeister nicht folgen oder entgegen wäre, so sollte es dem Baumeister zu tun sein (ihm zu verabschieden), wenn er wollte.

Jeder Steinmeyer und Maurer sollte seine Steinarbeit, Winkelmaß und anderes Zeug selber bejagen.

Dagegen würde der Baumeister ihnen, wenn sie Mauern oder Böden brechen müßten, vom städtischen Handwerkerleihen Zwickspitzen und Steinärte oder Stacheln, Sägeisen und Hammer und Kellen. Es sollte ihnen ferner der Stadtbaumeister begeben einen von den Stadtbauarbeitern, der den Steinmeyer und Maurergesellen die Steinärte, Zwickspitz und Meißel zu dem Schmelde tragen und sie spitzen lasse, wenn das nötig sei, und ihnen das solchen Handwerkszeug wieder zu der Arbeit bringe und allem Herkommen. Was den „Steinmeyer“ in der Schmelde dann an solchen Spitzen gemacht werde, die sollten dem Schmied vom Stadtbaumeister bezahlt werden, so sollte die Bezahlung den Steinmeyer und Maurern nicht zu gehen. Der erwähnte Spitztragelöhner sollte auch der Schaffer, Zuber, Schöpfgellen, Holzgeißel und sonstigen Maurergesellen, wenn sie ledig werden oder die Ketten springen, ausheben und zum Stadtbüttner tragen lassen, bestellen, daß sie wieder gebunden werden, damit sie nicht gar zerfallen und vergehen. Ferner sollte er des Abends nach Arbeitslohn den Handwerkszeug der Steinmeyer und Maurer ausheben und bewahren, damit nichts verloren werde an Steinärten, Hebelisen, Sägeisen, Hämmer, Kellen, Schaffern, Hängen, Riegel, Besen usw.

Erwähnt mag werden, daß ein Nachfolger Tude später im Baumeisterbuch den Nachtrag einflößt, daß die Steinmeyer und Maurergesellen den Handwerkszeug zum „hauen und mauern“ (hauen und mauern) mit sich haben müßten, „allein pleischert“ (Meßwage), Triangel und Segeisen sol im geliehen werden“.

Hatten die Steinmeyer und Maurer die Vorrechte über ihre Rechte und Pflichten angehöret und das Gelöbnis des Gehorsams und treuer Pflichterfüllung abgelegt, dann diesen „gelobten“ Gesellen (die das Gelöbnis abgelegt hatten, nannte man gelobte oder gelobte Gesellen) als erstes der ihnen herkömmlich zustehenden Rechte Handgeld zum Vertrinken zu; auch während des Jahres erhielten sie öfters herkömmliche Trinkgelber bei verschiedenen Gelegenheiten, die gewissermaßen eine festliche Ergänzung ihres Arbeitslohnes bildeten; über den Betrag und die Trinkgelber werden wir in einem besonderen Kapitel berichten.

Kollegen, führt energisch die Winteragitation durch!

ragen zutreffen, so zeigt es doch, daß gerade in der Vielgestaltigkeit des kommunalen Lebens die Sicherheit des stetigen Fortschreitens liegt. Nachdem so zahlreiche, ursprünglich öde Ortschaften zu stolzen, fast vorwärtsschreitenden Gemeinwesen geworden sind, wird man das Heil nicht mehr in der bedingungslosen Vereinigung mit größeren Gemeinden suchen müssen, sondern wenn nicht ganz ungünstige Verhältnisse vorliegen, in der selbständigen Entwicklung zu einem kommunalen Eigenwesen, denn viele technische Einrichtungen, die sich früher nur mit den Mitteln einer Großstadt ermöglichen ließen, können heute auch schon von weniger leistungsfähigen Gemeinden durchgeführt werden.

Über nicht nur im Verhältnis von Großstadt und Vorort macht die Zentralisation nach und nach der Dezentralisation Platz, auch in den Großstädten selbst beginnt langsam eine Dezentralisation, indem sich die einzelnen größeren Bezirke ein eigenes Gepräge geben. Momentlich in Berlin ist dies deutlich zu merken. Gewiß werden hier die großen Spezialgeschäfte und Warenhäuser in den inneren Teilen der Stadt stets eine große Anziehungskraft auch auf die Käufer aus den Außenbezirken ausüben, aber es entstehen doch auch in Außenbezirken ständig mehr Geschäfte, die mit den großen Geschäften der inneren Stadt ganz konkurrieren können. Auch auf anderen Gebieten sehen wir die Selbständigmachung der Berliner Stadtviertel, wenn man es so bezeichnen will, in bezug auf die Vergnügungstätten, auf Theater ujm. Nur in der inneren Stadt schreitet die Zentralisation noch immer fort, insofern als hier das Wohnhaus immer mehr verdrängt wird und an dessen Stelle Geschäftshäuser kommen. Mit der fortschreitenden Dezentralisation und mit der Abnahme der Zentralisation werden vielfach Fragen aufgeworfen, die nicht nur für das Gemeindeleben und für die Entwicklung eines Vororts und eines Stadtbezirks von Bedeutung sind, sondern auch für das Baugewerbe Interesse haben.

Allgemeines.

Wie geschwindet wird. In der sozialdemokratischen Presse wurde kürzlich unter der Ueberschrift „Schwarze Fanatiker“ die Nachricht verbreitet, auf einer Sitzung in Gimmensen hätten „strenge Katholiken“ und Anhänger der „zentralistischen Gewerkschaften“ einen sozialdemokratischen organisierten Mitarbeiter schikaniert und schließlich in roher Weise mißhandelt, so daß er aus mehreren Popfwunden geblutet hätte. Grund: Weil der Sozialdemokrat erklärt habe, daß er Weihnachten nicht in die Kirche ginge.

Wenn diese Geschichte nicht direkt aus der Luft gegriffen ist, so ist sie zum mindesten erlogen, soweit die christlichen Gewerkschaften damit in Verbindung gebracht werden. Denn die haben dort gar keine Mitglieder, die auf Hiebeien beschäftigt sind. Von den christlichen Organisationen hat lediglich der Bauarbeiterverband in Gimmensen eine Anzahl Mitglieder, die aber evangelisch, also keine „strenge Katholiken“ sind. Die von der sozialdemokratischen Presse mit einem großen Aufwand von Entrüstung verbreitete Nachricht erweist sich somit als eine der vielen Fälschungen, die zurzeit die Spalten der sozialdemokratischen Blätter füllen.

Parität im Arbeitsnachweis. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften beim Abschluß von Tarifverträgen kein ausgesprochenes Arbeitsmonopol durchsetzen können, versuchen sie wenigstens die Arbeitsvermittlung ganz in ihre Hände zu bekommen, was im Effekt einem Tarifmonopol gleichkommt. Leider gibt es Unternehmergruppen, die dieser organisations-egoistischen Herrschaft der sozialdemokratischen Führer Konzessionen machen. So hat es auch bei einem Tarifabschluß im Münchener Spitzergewerbe 1908 gegeben. Eine Bestimmung in diesem Tarifvertrag besagt folgendes:

„Alle etwa nach Inkrafttreten dieses Vertrages hier auftauchenden oder zugehenden unorganisierten Arbeitnehmer sind nur an die Zentrale Rängen des Zentralverbandes der Lössler Deutschlands zu verweisen.“

Damit war dem sozialdemokratischen Verband der Arbeitnehmer vollständig ausgeliefert, ein geradezu zwingendes Agitationsmittel in die Hände gespielt. Dabei war in der Einleitung ausdrücklich der Zweck des Tarifvertrages vermerkt: „Das Spitzergewerbe in München und Umgebung zu fördern.“ Wie geht es den interessierten Arbeitern mitgeteilt wird, haben die Arbeitgeber in Münchener Spitzergewerbe diesen Arbeitsvertrag geschickt, um das sozialdemokratische Arbeitsnachweismonopol durch eine paritätische Arbeitsvermittlung unter der Kontrolle der Arbeitgeber zu ersetzen.

„Die Bahn wäre also,“ schreibt die christliche Keramik- und Steinarbeiter-Zeitung Nr. 1, 1912, „wieder frei für alle diejenigen Lösslerkollegen, die sich eine christliche Überzeugung bewahrt haben, damals aber dem Zwang zu unterwerfen und nur der Not gehorchend, nicht aber aus eigenen Trieben, dem roten Löwerverband sich anzuweisen mußten; — sie wären jetzt frei zum Uebertritt zum christlichen Keramik- und Steinarbeiterverband.“

Wie's gemacht wird. Der englische Sozialistenführer Hyndman, ein reicher Kauf, der viel in der Welt herumgereist und sich dem Volke nie ohne Zylinder zeigt, hat Memotiren herausgegeben, „Bericht über ein abenteuerliches Leben“ betitelt. Darin erzählt er von einem Herrn, der in der englischen Arbeiterbewegung eine große Rolle gespielt, folgendes niedliche Händchen: Der Herr hatte mit mehreren anderen bei Hyndman gut gespeist und man ging dann zusammen auf das Themse-Embankment, zu einer Arbeitslosenversammlung. Zum Erstaunen der übrigen schwang sich jener Drabe dort auf den Sockel des Obelisken, um die Hungernden dergestalt anzusprechen: „Hier bin ich, gelernter Maschinenbauer, Mitglied meiner Gewerkschaft, und finde keine Arbeit. Ich habe niemals Alkohol angerührt, bin sparsam, und seit vierundzwanzig Stunden habe ich keinen Bissen und keinen Böffel Suppe gehabt!“ Der Herr, der das Stücklein geliefert haben soll, ist John Burns, damals radikaler Arbeiterführer, heute mit 100 000 £ Jahresgehalt angestellter Verwaltungsminister! — So wird's gemacht!

Die Leistungsfähigkeit der christlichen Gewerkschaften muß auch von den Gegnern anerkannt werden, sofern sie der Wahrheit einmal die Ehre geben. Der „Vorwärts“, das Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes in Oesterreich, bespricht in Nr. 43 die Jahresabschlüsse der christlichen Gewerkschaften, führt die Ausgaben für die einzelnen Unterstützungszeige an und bemerkt dann: „Die Ausgaben, auch die für wirtschaftliche Kämpfe, sind wesentlich gewachsen, aber sowohl die christlichen Gewerkschaften als auch die Gewerksvereine können auf dem Unterstützungsgebiet das leisten, was die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern bieten.“ Diese Erfahrungstatsachen scheuen sich die deutlichen Sozialdemokraten allerdings auszusprechen, sie können nur blindlings verkleinern und herunterreißen.

Ende der Tabakarbeiterausperrung. Zu Anfang vorigen Woche hat die große Tabakarbeiter-Ausperrung in Westfalen und Norddeutschland ihr Ende gefunden. Dieser große Kampf hat fast ein Vierteljahr ange dauert und wurde von beiden Seiten mit der größten Ausdauer und Hartnäckigkeit geführt. Schon dieser Umstand läßt darauf schließen, daß hier um ein großes Ziel gekämpft wurde. Wenn auch der äußere Anlaß sehr geringfügiger Natur war, so kam in dieser von den Arbeitgebern verhängten Ausperrung doch der allgemeine Entwicklungsgang zum Ausdruck. In der Tabakindustrie haben sich die Unternehmer erst in den letzten Jahren zusammengeschlossen. Der Westfälische Fabrikantenverband gehört zu den bestorganisierten in diesem Berufe. Der Kampf war also eine Folge der organisatorischen Entwicklung im Tabakgewerbe. Dem Abschluß der Ausperrung gingen langwierige Verhandlungen voraus, die von dem Landrat in Minden, Herrn Dr. Cornelissen, mit großem Geschick geführt wurden. Das Endergebnis ist so ausgefallen, daß die Tabakarbeiter mit dem Erfolg sehr zufrieden sein können. Die Ausperrung war unternommen worden, um die in zwölf Betrieben streikenden Arbeiter zu zwingen, unter den vom Fabrikantenverband diktierten Bedingungen wieder in die Betriebe zu gehen. Nunmehr sind in diesen Betrieben eine ganze Anzahl von Bewilligungen gemacht worden und darüber hinaus ist in Aussicht genommen, daß bis zum Frühjahr die Fabrikanten der Regelung der Lohnfrage näher treten, so daß also nicht nur die streikenden Arbeiter in den Genuss von Verbesserungen gelangen sollen, sondern auch die ausgesperrt gewesenen. Dazu kommt, daß nicht nur die beabsichtigte Schwächung der Organisation nicht erreicht worden ist, sondern es sind ganz gewaltige Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht worden. So stellt sich dieser Erfolg der Tabakarbeiter, an dem der christliche Tabakarbeiterverband hervorragenden Anteil hat, als ein bedeutsamer Schritt vorwärts dar. Die christlichen Tabakarbeiter sprechen allen Kollegen anderer Berufe, die zum Gelingen des großen Kampfes beigetragen haben, ihren wärmsten Dank aus.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Offen (Fliesenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Seiser, Cölz, für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen, Südinghausen (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Duisburg, Fliesenleger (Sperre über den Zwischenmeister Strüßen), Wollmisch (Sperre über Pawlidi) wegen Maßregelung Zugang ist fernzuhalten.

Jahresbericht des Bezirk Posen.

Nachdem im Jahre 1910 in den meisten Orten des Bezirks durch den allgemeinen Schiedsspruch die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt wurden, galt es, als erste Aufgabe im verflochtenen Jahre, den Lohn auch in den Orten zu regeln, wo keine Ausperrung stattgefunden; ferner die Organisation auch nach außen hin mehr zu stärken und die Mitglieder durch geistige Schulung zu befestigen. Um diese gestellten Aufgaben auch im Bezirk Posen richtig durchführen zu können, genügte ein freigestellter Beamter nicht, da der Bezirk räumlich ziemlich ausgedehnt ist, andererseits die Stadt Posen selbst eine Menge Verwaltungsarbeit erfordert. So war es nur zu begrüßen, daß seitens des Hauptvorstandes eingewilligt wurde, einen zweiten Kollegen

für den Bezirk Posen anzustellen. Die Wahl fiel auf Kollegen Müller, welcher den Bezirk Danzig verwaltete, und während seiner früheren Tätigkeit auch schon öfter im Bezirk Posen tätig war. Am 1. Mai übernahm derselbe den Bezirk, um im neuen Tätigkeitsgebiet die Interessen der Kollegen zu vertreten und sich das gleiche Vertrauen der Kollegen zu erwerben, das in reichem Maße demselben im Danziger Bezirk geschenkt wurde. Es gab anfangs schwere Kämpfe zu überwinden, um all die Hindernisse zu beseitigen, welche sich hemmend in den Weg stellten. Dieselben sind beseitigt, und wenn auch die Erfolge im ersten Tätigkeitsjahre nicht ganz zufriedenstellende sind, so liegt das an der Eigenart des Agitationsfeldes. Der Nationalitätenhaß, die zweisprachigen Verhältnisse, dieses alles erschwert die Agitation ungemein. Es ist ferner zu berückichtigen, daß die Durchführung des Schiedsspruches und die zuzührenden Lohnbewegungen bis spät in den Sommer hinein die Kräfte beider angestellten Kollegen in Anspruch nahm. Die Baukonjunktur war fast an allen Orten des Bezirks eine recht gute. Nur in Hohenjalka stockt die Bautätigkeit. Das ist zurückzuführen auf die Katastrophe, welche sich 1909 daselbst ereignete, indem durch Ueberschwemmung des Salzbergwerks die eine Frontseite von der neuen katholischen Kirche plötzlich unterging. Seit der Zeit ist das Bergwerk außer Tätigkeit, aber die Bautätigkeit ist geschwunden, indem kein Zugang mehr stattfindet. Im Herbst des vergangenen Jahres verjant wieder fast ein ganzes Haus, so daß durch diesen Umstand auf Jahre hinaus in Hohenjalka die Bautätigkeit lahmgelegt ist. In Posen selbst wurde recht lebhaft gebaut, so daß eine große Zahl fremder Arbeitskräfte beschäftigt war. Von öffentlichen Bauten wurden aufgeführt: die Eisenbahnwerkstatt, ein Postgebäude, eine Schule, ferner der Umbau des alten Rathauses und des Theaters. Außerdem wurden recht viele Privatbauten mit größeren Wohnungen ausgeführt. Die baupolizeiliche Fertigungsnahme stellte vom Januar bis einschließlich September 133 Neubauten fest, gegen 99 im Jahre 1910. Der Wohnungszugang stellte sich auf 397. Die Wohnungsmieten sind trotz der regen Privatbautätigkeit enorm hoch. Zwei kleine Stuben mit Küche außerhalb der Stadt kosteten monatlich 35—40 M., innerhalb der Stadt kosten die gleichen Räume 45—50 M. Eine gleich gute Baukonjunktur herrschte auch in Schneidmühl, wo bis Weihnachten immer noch Nachfrage nach Maurern war. Durch das Erbauen der Eisenbahnwerkstätte hat eine rege private Bautätigkeit eingesetzt. Auch in Gnesen wurde eine größere Anzahl Neubauten aufgeführt, so daß die einheimischen Kräfte nicht ausreichten. Der regen Bautätigkeit entsprechend war auch die Mitgliederbewegung eine günstige. Sie hätte besser sein können, wenn in allen Verbandsorten die Agitation intensiver und planmäßig wäre betrieben worden. Unser Verband ist im Bezirk an 31 Orten mit Verwaltungs- oder Zahlstellen vertreten und ist in 20 Verwaltungsstellen eingeteilt. Außerdem befinden sich in fünf Orten noch Einzelmitglieder, wo wir im neuen Jahre hoffen, mit Hilfe dieser Mitglieder neue Verwaltungsstellen zu gründen.

Neugründungen wurden in sechs Orten vollzogen, und zwar in Tuchel, Rogiino, Ostrowo, Gollantisch, Czempin und Tüz, außerdem wurde noch im Herbst in Dicht eine Zahlstelle gegründet. Da dieselbe aus einem Teile der Mitglieder aus der Verwaltungsstelle Wlesen besteht, zählen wir dieselbe als Neugründung nicht mit. Tuchel und Tüz traten geschlossen vom roten zum christlichen Verband über, ersterer Ort ist zum Bezirk Ostpreußen abgetreten worden.

Die Mitgliederbewegung ergibt bis zum 3. Quartal 1911 folgendes Bild:

IV. Quartal 1910	I. Quartal 1911	II. Quartal 1911	III. Quartal 1911
1525	1704	1989	2073

Davon sind 1541 Maurer, 409 Zimmerer und 123 Bauhilfsarbeiter. Aufgenommen wurden 962 Mitglieder, davon sind 116 Uebertritte aus gegnerischen Organisationen und 846 Neuaufnahmen. Da noch einige Abrechnungen vom 4. Quartal fehlen, kann leider kein vollständiges Bild gegeben werden. Doch eines fällt auf, wenn zu dem Mitgliederbestande des 4. Quartals 962 Neuaufnahmen kommen, müßte der Mitgliederbestand im 3. Quartal 1911 2487 betragen. Es sind somit wieder 414 Mitglieder verloren gegangen. Und wenn wir die Frage aufwerfen, aus welchen Ursachen ist dieser Verlust entstanden, so kann die Antwort am besten von denjenigen Verbandsorten gegeben werden, welche leider trotz der vielen Hinweise kein gut ausgebautes Vertrauensmänner- und Hausstättensystem eingeführt haben. Dort gehen uns die meisten Mitglieder verloren, weil sie wegen Schulden gestrichen werden müssen. Es mag zugegeben werden, daß es in den ländlichen Bezirken recht schwer ist, einen passenden Mann zu finden, der dies wichtige Amt übernimmt. Doch wollen wir dieser Fluktuation steuern, so kann es nur ein Mittel geben, das ist, in jedem Ort müssen tüchtige Hausstättener freiwillig das Amt übernehmen, um somit in jeder Woche, bei Ueberreichung des Verbandsorganes, auch gleichzeitig den Verbandsbeitrag mit einzuziehen. Wir gehen ersten Zeiten entgegen; es erwächst daraus die Pflicht, daß alle Ortsvorstände alles anbieten, damit uns kein einziges Mitglied verloren geht. Es muß vielmehr ein edler Wettstreit Platz greifen, der in dem Bestreben gipfelt, daß in jedem Quartal eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen ist. Daß dies möglich ist, zeigen z. B. folgende Ortsgruppen: Kosten (Maurer und Zimmerer), Gnesen (Maurer), Schneidmühl (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Schwerin, Pirke, Utsch, Kruschwitz und Posen. Was in diesen Orten möglich ist, läßt sich bei gutem Willen überall durchführen. Es muß nur mehr System in die ganze Verbandstätigkeit hinein kommen, daran franten verschiedene Orte. Im neuen Jahre muß in jeder Zahlstelle mindestens regelmäßig alle vier Wochen eine Versammlung abgehalten werden. Das Interesse für

